

## Wahlleitung nicht abberufen

**KOMMUNALAUF SICHT** Verwaltung sieht Neutralität durch Anzeige im Amtsblatt nicht gefährdet

Von  
Laura Schöffel

**VG STROMBERG.** „In dieser Funktion“ hatte die Kreisverwaltung in ihrer Erklärung fett gedruckt. Das Schreiben gab die Entscheidung darüber bekannt, ob die CDU-Mitglieder Helmut Höning und Karl Ludwig Klimke von ihrem Amt als Wahlleiter und Mitglied des Wahlausschusses für die Bürgermeisterwahl in der VG Stromberg abberufen werden müssen. „Nein“, sagt die Kommunalaufsicht. Begründung: Lediglich in seiner Funktion als Wahlleiter muss er „Wahlvorbereitungs- und Wahl-durchführungshandlungen entsprechend neutral vornehmen“.

An eben jener, der Neutralität des Wahlleiters, hatte die SPD-Fraktion um den Vorsitzenden Gerhard Keuser gezweifelt, nachdem Klimke und Höning im Amtsblattchen eine Anzeige geschaltet hatten, die auf den Beschluss des VG-Rates gegen eine Fusion mit Langenlonsheim hinwies (die AZ berichtete). „Dem fühlen wir uns verpflichtet“, stand weiterhin in besagter Anzeige, die Klimke und Höning als Beigeordnete unterzeichneten.

„Aus dem Anzeigentext lässt sich nicht unmittelbar eine Verletzung der Neutralität im Amt des Wahlleiters beziehungsweise des Wahlausschussmitgliedes erkennen“, war die knappe Begründung aus der Kreisverwaltung, die auch auf Anfrage der

AZ die Erklärung nicht genauer erläutern wollte. „Wir standen für die Prüfung des Falls in Kontakt mit dem Landeswahlleiter“, sagte Walter Reimann lediglich. Die in Rede stehende Anzeige betreffe nicht Wahlvorbereitungshandlungen, sodass wahlrechtlich keine Veranlassung für einen Eingriff der Aufsichtsbehörde bestehe, lautete schlicht die Entscheidung der Kreisverwaltung.

„Die Anzeige sieht aus wie eine amtliche Bekanntgabe, auch ist nicht erkennbar, dass sie von der CDU stammt“, betonte Keuser erneut gegenüber der AZ. Keuser wolle nun erst einmal die Stellungnahme der Kreisverwaltung lesen und dann entscheiden, ob und wie man weiter vorgehen könne. „Wir werden uns aber mit Sicherheit juristisch beraten lassen“, kündigte er an. Die beiden Beigeordneten Klimke und Höning verwehren sich hingegen gegen die „diskriminierenden Äußerungen“ Keusers, sie seien parteilich. Aus „Sorge um die Zukunft der VG Stromberg“ habe man den Beschluss des VG-Rates in der Anzeige aufgeführt, in dem sich dieser mehrheitlich für die Selbstständigkeit ausgesprochen habe. „Ich war in diese Entscheidung nicht mit einbezogen“, sagte Bürgermeisterin Anke Denker zu dem Antrag ihrer Fraktion, den Wahlleiter abberufen und fügte hinzu: „Ich halte es aber für richtig, zu schauen, ob die nötige Distanz noch vorhanden ist.“

## Bürgerbus oder Sammeltaxi?

**NAHVERKEHR** Stromberger Stadtrat debattiert über Versorgung von Schindeldorf und Zentrum

Von  
Benjamin Hilger

**STROMBERG.** Auf Antrag der WGS beschäftigte sich der Stadtrat mit der möglichen Umsetzung eines Bürgerbusses. Der Stadtteil Schindeldorf sei derzeit praktisch nicht an den öffentlichen Verkehr angebunden, begründete Marlis Klauer ihren Antrag. Zudem sei die Grundversorgung im Innenstadtbereich mangelhaft.

Bürgerbusse werden von ehrenamtlichen Bürgern für Bürger betrieben und von Politik wie Wirtschaft finanziell unterstützt. In vielen Gemeinden liefern bereits erfolgreich solche Modelle, etwa um Einkaufs- oder Arzt-routen für Rentner abzudecken, Pendler zu Bahnhöfen zu bringen oder auch auf Freizeit- oder Diskorouten für junge Menschen.

Die WGS habe bereits im Rahmen einer Mobilitätswerkstatt im August dieses Modell der Öffentlichkeit durch das Nexus Institut vorstellen lassen. Spontan hätten sich im Rahmen der Veranstaltung über zehn Personen gefunden, die eine ehrenamtliche Mitwirkung bekundeten, berichtete Klauer. Auch die Bürgermeister der Nachbargemeinden Eckenroth und Schöneberg stünden dem Projekt positiv gegenüber.

**Kreis gibt Empfehlung**

Die schwache ÖPNV-Anbindung des Schindeldorfs ist bekannt. Schon vor einigen Jahren wurde versucht, eine Buslinie, die das Schindeldorf anschließt, zu realisieren. Der Bus sollte über einen Wirtschaftsweg von Eckenroth ins Schindeldorf gelangen, was aber von anderer Stelle verhindert wurde. Aktuell sei der Kreisentwicklungsaus-

schuss damit befasst, eine Empfehlung zur Installation von Sammeltaxis, die das Schindeldorf anschließen, zu geben. Sofern diese positiv ausfalle, werde kein Bürgerbus benötigt. Gibt dieser aber eine negative Empfehlung, will der Stadtrat eine andere Lösung finden. Deutlich wurde, dass dieses Mobilitätsangebot aber nicht nur im Schindeldorf benötigt wird, sondern auch den Stadtkern betrifft. Falls die Sammeltaxis nicht kommen, soll Stadtbürgermeisterin Klarin Hering die Verwaltung beauftragen, einen solchen Bus zu realisieren.

**Raum für Sozialstation**

Die Sozialstation Nahe ist an die Stadtbürgermeisterin herantreten auf der Suche nach einem geeigneten Raum, um in Stromberg eine Zweigstelle einzurichten. Mindestens einen Tag in der Woche will die Sozialstation etwa Demenzkranken helfen und dadurch auch die Angehörigen entlasten. In Hargesheim sei das Angebot komplett ausgebucht, zudem sei aus einem Gespräch mit dem Geschäftsführer der Sozialstation deutlich geworden, dass es in der Verbandsgemeinde Stromberg einen erhöhten Bedarf hierfür gebe.

„Es ist ein gutes Signal für unsere Senioren“, sagte Hering. Daher wolle man von städtischer Seite zunächst für ein Jahr einen Bürgerraum an einem Tag kostenfrei zur Verfügung zu stellen, um der Sozialstation den Aufbau eines Betreuungsangebotes zu ermöglichen. Auch auf Nebenkosten will man in Stromberg verzichten. Der Rat schloss sich einstimmig an. Hering bemerkte, zunächst müsse nun noch Einvernehmen mit der Verbandsgemeinde, die ebenfalls auf die Bürgerräume zugreifen kann, hergestellt werden.

## Wunsch nach mehr Gelassenheit

**BÜRGERMEISTERWAHL** Die Stromberger Kandidatinnen und ihre Vorstellungen zu wichtigen Themen

Von  
Benjamin Hilger

**VG STROMBERG.** Am Sonntag wird in der VG Stromberg die Bürgermeisterin gewählt. Die Wahl vor fast acht Jahren entschied mit nur 21 Stimmen Vorsprung Anke Denker für sich, die auch am kommenden Wochenende wieder für die SPD antreten wird. Für die CDU steht Klarin Hering zur Wahl. In der vergangenen Legislaturperiode sind etliche neue politische Themen aufgekommen, die die Bürger vor Ort bewegen. Die AZ hat nachgefragt, wie die Kandidatinnen dazu stehen.

**Nationalpark**

„Mein Wunsch wäre es gewesen, ein eigenes Verfahren im Landkreis anzustoßen, was der Kreistag verhinderte“, sagt Anke Denker. Sie hofft, dass zumindest die Idee eines gemeinsamen Nationalparks in den Landkreisen Birkenfeld und Bad Kreuznach zum Tragen kommt. Ein Teil des Nationalparks könnte sich bis zur Neupfalz erstrecken. Neben dem Schutz der Natur könnte dies den Tourismus fördern.

Denker sieht durch einen Nationalpark Vorteile für die Region, insbesondere für die Entwicklung der Infrastruktur. „Die Menschen müssen mitgenommen werden“. Derzeit rechnet die Sozialdemokratin jedoch eher damit, dass der Landkreis Birkenfeld alleine den Zuschlag erhält.

„Ich stehe einem Nationalpark offen gegenüber“, sagt Klarin Hering. Allerdings vermisst sie die Frage der Generationenverantwortung. Es werde zu diesem Thema fast ausschließlich über Tourismus gesprochen, was aber nur ein Faktor ist, den es zu beleuchten gilt. „Das ist zu kurz gedacht“. Ob die Realisierung tatsächlich dem Tourismus einen Aufschwung verschaffen würde, sei reine Vermutung. Nur dieses Argument kann daher nicht überzeugen. Im Vordergrund müsse vielmehr auch die Nachhaltigkeit stehen. Denn letztlich werde sich eine solche Einrichtung erst in zwei bis drei Generationen niederschlagen. Insgesamt zeigte sich Hering froh, dass der Stadtrat ein offenes Votum getroffen hat und der sich der Thematik Nationalpark nicht verschließt.

**Windkraft**

Auch wenn sie sich

anfangs gegen die Windkraftflächen rund um Seibersbach und Dörrebach ausgesprochen hatte, änderte Anke Denker zwischenzeitlich ihre Meinung. „Im laufenden Verfahren können sich Ansichten durchaus ändern“, gibt sie freimütig zu. Insgesamt hätte sie sich ein bundesweites Konzept gewünscht. Es gebe nach wie vor Probleme etwa bei der Ableitung und Speicherung des Windstroms. Das Landschaftsbild verändert sich, daran muss man sich gewöhnen, „ich will keine Atomkraftwerke, daher nehme ich dies in Kauf“.

In der Verbandsgemeinde selbst habe man mit der Anpassung des Flächennutzungsplans für nun drei Windenergieflächen der Schaffung von erneuerbaren Energien Rechnung getragen. Während der Verfahren gab es keine Einwände aus der Bürgerschaft, nachdem nun die Aufbaubarbeiten begonnen haben, wird hin und wieder Kritik laut.

Die Christdemokratin Hering spricht sich für Windenergie und nachhaltige sowie alternative Energiegewinnung aus. „Da müssen wir hin, da gibt es keine Alternative“. Bei der Umsetzung seien aber klare und durchdachte Strukturen das Maß aller Dinge. In einigen Ortsgemeinden fühle man sich aktuell am „Gängelband“ gezogen. Wichtig sei es, die Windenergie nicht als Insellösung zu betrachten. Es könne nicht sein, dass, zur Verärgerung der Nachbargemeinden, Windenergieanlagen auf Gemarkungsgrenzen unmittelbar neben die Nachbargemeinden gestellt werden.

Insgesamt müsse der geeignete Mix aus regenerativen Energiegewinnungsverfahren in Abstimmung mit allen Ortsgemeinden in der VG gefunden werden. Zunächst bedarf es dafür eines Energiekonzepts, um zu wissen, wo was überhaupt möglich ist.

**Gebietsreform**

Die Sozialdemokratin Denker stellt klar, dass in ihrem Wahlprospekt stand, eine Fusion sei keine Frage des „ob“, sondern des „wie“. Sie sieht die Verbandsgemeinde Langenlonsheim als wirtschaftlich starken Partner. Die Überlegung zu einer VG Guldenbachtal resultierte aus dem Kenntnisstand, der vorlag, als das Papier aufgesetzt wurde. Seinerzeit galten die Kreisgrenzen als unüberwindbar.

„Heute ist



**Die Stromberger Stadtbürgermeisterin Klarin Hering (CDU) will die Verbandsgemeindeverwaltung führen.** Foto: privat



**Die Sozialdemokratin Anke Denker ist die Amtsinhaberin und stellt sich am Sonntag zur Wiederwahl.** Foto: privat

man schlauer.“ Man wisse nun, dass bis zur Kommunalwahl 2019 eine Gebietsveränderung vorgenommen werden müsse, die auch kreisübergreifende Fusionen möglich machen. Denker machte deutlich, dass es bislang von ihrer Seite noch keine Gespräche mit der VG Langenlonsheim gegeben habe. „Dazu fehlte mir die Legitimation nach dem Ratsbeschluss, eigenständig bleiben zu wollen.“ Sie sei offen für jede Diskussion, „die aber auf Grundlage von Fakten und nicht emotional gesteuert geführt werden darf“.

Von der Kommunal- und Verwaltungsreform, wie sie derzeit läuft, hält Hering nichts. Dennoch dürfe man sich nicht der Tatsache verschließen, dass wegen der demografischen Entwicklung in Zukunft die Zusammenarbeit über die VG-Grenzen hinaus forciert werden muss. „Aber der eingeschlagene Weg ist falsch“. Hering plädiert für eine Reform „von oben nach unten“ und nicht umgekehrt. Zwangsfusionen seien generell ungeeignet. Zudem müssten Hilfestellungen bei Fusionen gegeben werden, denn alles andere führe zu Streitigkeiten. Generell seien Zwangsfusionen durch das Land nicht einfach so hinzunehmen. „Wer gegen diese Vorhaben nicht kämpft, hat schon verloren“.

**Tourismus**

Die Wertschöpfung aus dem Tourismus sei deutlich größer als viele meinen, weiß Denker. Doch klar sei auch, dass für ein Mehr an Touristen auch entsprechende Angebote geschaffen werden müssen. Dies betreffe zum einen die öffentliche Hand, zum anderen aber auch private Investoren. Die Politik wolle den Tourismus aus der Verwaltung herausnehmen. In einer neuen Organisation dürfe die finanzielle Seite nicht vor jedem Haushaltsbeschluss neu diskutiert werden. Zudem seien neue Übernachtungsmöglichkeiten wichtig, um auch mal für ganze Reisebusse gerüstet zu

leer stehende, alte Gebäude zu entfernen und neue, den Bedürfnissen angepasste Bauten zu errichten.

Hering sieht die VG auch weiterhin selbstständig, aber in Schnittmengen mit anderen Gemeinden. Beispielfähig könnten etwa die Bereiche der Forstwirtschaft oder die Schwimmbadverwaltungen in Zweckverbänden zusammengefasst werden, um Kosten zu sparen. Hering hofft, mit einem Energiekonzept einen großen Schritt in Richtung richtiger Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen zu nehmen.

Nach wie vor werde die VG ein attraktiver Standort für junge Familien sein. Begünstigt werde dies durch die Nähe zum Rhein-Main-Gebiet und die gute Infrastruktur vor Ort. Von daher bedauere sie es sehr, dass die Hunsrückbahn „auf Eis gelegt“ wurde. Sie wäre ein wichtiger Impulsgeber für die Verbandsgemeinde.

**Und was sonst noch?**

„Ich wünsche mir Menschen, die bereit sind, sich für ihre Region einzusetzen“, stellt sich Denker vor. Speziell in der Politik fehle es daran immer häufiger. In vielen Gesprächen habe sie festgestellt, dass viele nicht politisch engagierte Menschen gute Ideen haben, aber letztlich diese nur selten einbringen. Auch junge Menschen muss man wieder mehr zur Politik bewegen, dies wird eine große Herausforderung sein. Klar sei, „die Zukunft kann nicht mit den Ideen von Gestern gestaltet werden, wir brauchen die jüngere Generation im Alter meiner Kinder, die ihre Zukunft in die Hand nimmt“.

Die Christdemokratin Hering machte deutlich, dass sie im Falle des Wahlsieges ihre Anwaltschaft aufgeben würde. Die Personalunion als Stadt- und VG-Bürgermeisterin liefe nur noch weiter bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2014. Sie will ihre gesamte Arbeitskraft für die Verbandsgemeinde bündeln.

Insgesamt wünscht sich Hering „mehr Gelassenheit“. Egal, wie die Wahl ausgehe, man müsse danach in der Lage sein, zum Wohle der Ortsgemeinden miteinander zusammenarbeiten. Das funktioniere aber nur, wenn es jetzt nicht mit dem „Säbelraseln“ übertrieben werde.

Im Vordergrund stünden die Bürgerinnen und Bürger, nicht die Befindlichkeiten der beiden Kandidatinnen. Hering vertraut auf das Votum der Wähler, die wissen, was und wen sie wollen.



## Anke Denker will ihr Amt behalten

**Bürgermeisterwahl** Am Sonntag, 4. November, fällt in der Verbandsgemeinde Stromberg die Entscheidung

**Anke Denker (60, SPD) ist amtierende Verbandsbürgermeisterin**

**Welches sind in Ihren Augen die drei Topthemen der Kommunalpolitik in der VG Stromberg (in absteigender Reihenfolge)?**

**1.** Eine Verbandsgemeinde für alle schaffen. Die wichtigste Aufgabe für die Zukunft der in der VG Stromberg zusammengeschlossenen Gemeinden wird es sein, ein lebenswertes und lebendiges Orts- beziehungsweise Stadtleben zu erhalten und somit attraktiv für die Bürger zu sein. Dazu gehören möglichst geringe Leerstände, attraktive Arbeitsplätze, gute Betreuungsmöglichkeiten für Familien mit Kindern, eine breit gefächerte Ausbildungs- und Unterrichtsversorgung, ein aktives Vereinsleben sowie seniorengeeignete Angebote.

**2.** Haushalte stärken – Einnahmeseite verbessern. Da die Finanzierung der Verbandsgemeinde durch die Umlagen der Stadt und der Ortsgemeinden sowie eigene Steuereinnahmen erfolgt, geht es der VG gut, wenn es den Gemeinden gut geht. Also kann die Devise nur lauten, alles dafür zu tun, die Einnahmenseite der Stadt beziehungsweise Gemeinden zu verbessern und die Verwaltungskosten möglichst gering zu halten. Dazu zählen die Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere im Gewerbebereich Waldlaubersheim, die Nutzung erneuerbarer Energien, Ausbau und Förderung des Tourismus sowie der aktive gestalterische Umgang mit den Chancen der Kommunalreform, um Verwaltungskosten zu senken, ohne die Leistungen einzuschränken.

**3.** Bürgerwille einbeziehen, Bürgerengagement stärken. Überall kann man sehen, dass die Bürger Verantwortung für ihre Region übernehmen und sich aktiv einbringen wollen. Ohne das ehrenamtliche Engagement ist keine Gemeinde, ist keine Region lebensfähig. Ich will eine aktive Beteiligung der Bürger an der Meinungsbildung und bei Entscheidungen. Dazu bedarf es aber auch der professionellen Unterstützung des Ehrenamts hinsichtlich Fachwissen und Beratung. Diese Unterstützung müssen wir in Zukunft geben. Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, Klimaschutz- und Energieberatung, hauptamtlicher Gerätewart für unsere freiwilligen Feuerwehren, Familien- und Seniorenberatung, alles Themen um ehrenamtliches Engagement professionell zu unterstützen.

**Welchen Weg gehen Sie in Sachen Fusion oder Selbstständigkeit?**

Noch geht es nicht um Fusion oder Selbstständigkeit. Es geht aber sehr wohl darum, sich mit der anstehenden Kommunalreform konstruktiv zu befassen und nicht alles gleich abzulehnen und zu verdam-

**Anke Denker persönlich**

- 1952 in Rantrum im Kreis Nordfriesland geboren
- evangelisch
- verwitwet seit 2000
- drei erwachsene Kinder
- Schulbildung: Abschluss Sekundarstufe II
- Beruf: Medizinische Fachangestellte (1968 - 1977)
- 1977 Umzug nach Bad Kreuznach
- 1980 Umzug nach Schweppenhäusern, bis heute dort wohnhaft
- 1989 - 2006 Ortsbürgermeisterin in Schweppenhäusern
- seit 1989 Mitglied im Landes-

men. Das Land fordert uns auf, Vorschläge zu unterbreiten, welche Kommune die VG Stromberg als Partner für einen Zusammenschluss befürwortet. Ein Beispiel: 75 Prozent unseres VG-Haushalts bestehen aus Personal-, Sach- und Betriebskosten. Bei der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung muss man sich mit der Kommunalreform aktiv auseinandersetzen, um nicht alle Gelder für die Aufrechterhaltung der Verwaltung einzusetzen. Auch für den Fall eines Erhalts des Verwaltungsstandorts Stromberg sind Verhandlungen und Gespräche mit den angrenzenden Verbandsgemeinden nötig. Am Ende wird es darauf ankommen, dass die Bürger die Kosten ihrer Verwaltung noch tragen und finanzieren können. Wir müssen in größeren Einheiten denken. Ich stehe hier für aktives Gestalten und Beteiligung der Bürger.

**Wo sehen Sie die VG in 20 Jahren?**

„Wenn ich gewählt werde, sehe ich dies als Wertschätzung meiner Arbeit. Wenn nicht, werde ich eine andere Aufgabe finden, die mich ausfüllt.“

Anke Denker

Das Wichtigste bei den Veränderungen wird sein, dass die Ortsgemeinden überlebensfähig, attraktiv und belebt bleiben. Durch Neuerungen im Bereich der Kommunikation werden Dienstleistungen der Verwaltung anders abgefragt. Schon heute bieten wir älteren, nicht mobilen Bürgern Hausbesuche an. Wenn der Ver-

waltungsstandort Stromberg gesichert werden könnte, hätten wir das Optimum erreicht. Aber bei einem solchen Prozess müssen alle Beteiligten bereit sein, unvoreingenommen miteinander zu reden und zu verhandeln.

**Welche Entwicklung können und sollen die Ortsgemeinden innerhalb der VG nehmen?**

Die Ortsgemeinden sind der wichtigste Ort für das gesellschaftliche Zusammenleben. In diesem Sinne sind die Ortsgemeinden unsere Heimat und nicht die VG. Für ihre Ortsgemeinde oder Stadt engagieren sich die Bürger, hier gestalten sie ihre Gemeinschaft. Insofern liegt mir eine positive Entwicklung der Stadt Stromberg und der Ortsgemeinden besonders am Herzen. Die VG mit eigenen Aufgaben und als Schreibstube von Ortsgemeinden und Stadt muss ihre Strukturen der Entwicklung anpassen dürfen. Rainer Gräff

- ausschuss des Gemeinde- und Städtebundes (GStB)
- seit 1994 Mitglied des Kreistages Bad Kreuznach
- seit 1994 Mitglied im Sparkassen-Zweckverband
- seit 1996 Mitglied des Kommunalen Rates des Landes Rheinland-Pfalz
- seit 2008 Mitglied des Landesvorstandes des GStB
- ehrenamtliche Richterin am Sozialgericht Mainz
- seit 5. April 2005 Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Stromberg



Diese zwei Frauen wollen Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Stromberg bleiben beziehungsweise werden: Anke Denker (oben) und Klarin Hering (unten). Am Sonntag wird gewählt. Foto/Montage: Benjamin Stöß

## Klarin Hering will an die VG-Spitze

**Urwahl** Zwei Frauen aus zwei Parteien stellen sich dem Votum von rund 7650 Wahlberechtigten

**Klarin Hering (51, CDU) ist amtierende Stadtbürgermeisterin**

**Welches sind in Ihren Augen die drei Topthemen der Kommunalpolitik in der VG Stromberg (in absteigender Reihenfolge)?**

**1.** Die Kommunal- und Verwaltungsreform. Die Zukunft und weitere Entwicklungen unserer VG wird stark davon abhängen, ob wir zwangsfusioniert werden, selbstständig bleiben können oder uns im vorausweisenden Gehorsam – wie von der Amtsinhaberin gewünscht – mit der VG Langenlonsheim zusammenschließen. Für die Bürger hier bedeutet das im ungünstigsten Fall tiefe Einschnitte im Hinblick auf Orts- und Bürgernähe der Verwaltung.

**2.** Erstellung eines Energiekonzeptes für die gesamte Verbandsgemeinde. Die Energiewende muss auch in unserer VG vorangetrieben werden, denn steigende Energiekosten und Energieverknappung betreffen uns alle. Ich halte es allerdings

ein übergreifendes Konzept erarbeitet werden, das nachhaltig ist und von allen mitgetragen wird. Hierfür unabdingbar ist die Zusammenarbeit mit den Ortsgemeinden und der Stadt, sodass die unterschiedlichen Ressourcen, Kapazitäten und Begehrlichkeiten der einzelnen Kommunen berücksichtigt und miteinander abgestimmt werden können.

**3.** Stärkung der Attraktivität unserer Verbandsgemeinde zur Verhinderung von Abwanderung und Überalterung. Angesichts des demografischen Wandels müssen wir dringend etwas dafür tun, dass Menschen in unserer VG auch im Alter alles das finden, was sie zum täglichen Leben brauchen. Wir müssen verhindern, dass sie abwandern, weil sie andernorts eine bessere Versorgung haben. Gleichzeitig muss daran gearbeitet werden, die VG auch für junge Familien mit Kindern attraktiv zu gestalten. Es müssen noch mehr Argumente geschaffen werden, die den Zuzug fördern und attraktiv machen.

**Welchen Weg gehen Sie in Sachen Fusion oder Selbstständigkeit?**

Nach meiner Auffassung sollte die Verbandsgemeinde auf gar keinen Fall freiwillig eine Fusion anstreben – und schon gar nicht mit der VG Langenlonsheim. Das liegt nicht an den dort handelnden Personen, sondern an der Topografie unserer VG. Orts- und Bürgernähe gehen

verloren. Die Erreichbarkeit der Verwaltung ist – gerade für ältere Menschen – nicht mehr gewährleistet. Die Fusion ist nur über eine höhere Umlage zu finanzieren. Wir als Anhängsel von Langenlonsheim werden es sehr schwer haben, unsere Interessen durchzubringen. Schließung von Schulen oder des Schwimmbades werden mit Sicherheit diskutiert werden. Welche Vorteile eine solche Fusion bringen soll, hat mir noch niemand dargestellt. Die VG verfällt in eine Schockstarre, es wird sich in den nächsten Jahren bei uns nichts mehr tun. Diesen Punkt sollten wir auch nicht über den Kopf der Ortsgemeinden entscheiden. Ich meine, die Kommunalreform in ihrer jetzigen Form ist ein Flickwerk, bei dem der dritte vor dem ersten Schritt getan wurde. Ich verschließe mich nicht grundsätzlich einer Zusammenarbeit in Bereichen, in denen das Sinn ergibt, aber das setzt auch voraus, dass über Kreisgrenzen hinaus gedacht werden kann. Wir sollten uns stattdessen die kommenden acht Jahre auf unsere Stärken besinnen und Wege suchen, innerhalb der VG Synergien zu nutzen. Als Stadtbürgermeisterin werde ich jedenfalls im Stadtrat dafür plädieren, einer Fusion nicht zuzustimmen und im Falle einer Zwangsfusion sämtliche rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen

**Wo sehen Sie die VG in 20 Jahren?**

Ich sehe unsere Verbandsgemeinde in 20 Jahren immer noch als selbstständige VG, die effizient und bürgernah arbeitet und sich für die Zukunft im Hinblick auf

die Versorgung ihrer Bürger mit Energie gut gerüstet hat. Die Nutzung regenerativer Energien steht im Vordergrund. Wirtschaftlich stehen wir gut da. In unserer VG leben auch in 20 Jahren noch viele alte Menschen, aber auch viele Familien, die ihre Kinder in relativ intakter und naturnaher Umgebung erziehen wollen, und junge Menschen, weil sie am Ort das Angebot finden, das sie brauchen. Es gibt ein Wir-Gefühl, das sich nicht auf einzelne Ortsgemeinden begrenzt, sondern für die gesamte Verbandsgemeinde gilt. Wir sind attraktiv für den Tourismus, weil wir uns unsere Vielfalt erhalten haben und wir mit unserer Natur verantwortungsvoll und nachhaltig umgegangen sind.

**Welche Entwicklung können und sollen die Ortsgemeinden innerhalb der VG nehmen?**

Die VG kann nur die Entwicklung nehmen, die auch Ortsgemeinden und Stadt nehmen. Deshalb sind die Eigenarten, Ressourcen und Besonderheiten der Ortsgemeinden und der Stadt zu erhalten und zu fördern und in das Gesamtkonzept für die kommenden Jahre mit einzubinden. Rainer Gräff

**Klarin Hering persönlich**

- 1961 in Dörrebach als ältestes von vier Kindern geboren
- seit 1987 verheiratet, zwei Söhne (geboren 1988 und 1993)
- Ab 1981 Studium der Rechtswissenschaft an der Uni Mainz mit Verwaltungstation in der Fachhochschule Speyer
- 1987 erstes juristisches Staatsexamen und Beginn des zweijährigen Referendariats
- 1989 zweites juristisches Staatsexamen
- ab 1989 angestellte Rechtsanwältin in Mainzer Kanzlei
- 1991 Gründung eigene Kanzlei,

- 2001 Gründung Anwaltssozietät
- 1993 bis 2008 stellvertretende Vorsitzende des Schlichtungsausschusses der Caritas Mainz
- ab 2004 Mitglied im Stadtrat von Stromberg und in diversen Ausschüssen
- seit 2009 Stadtbürgermeisterin in Stromberg und Mitglied im Verbandsgemeinderat Stromberg sowie in diversen Ausschüssen und der Jagdgenossenschaft
- stellvertretende Vorsitzende des Zweckverbandes Schwimmbad
- Mitglied im Vergabegremium des Gemeinde- und Städtebundes